

GEMEINDE EVERSWINKEL

BEBAUUNGSPLAN NR. 16

„FRECKENHORSTER STRASSE“



PLANÜBERSICHT

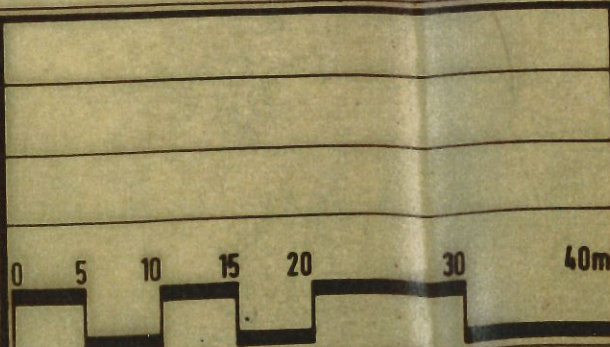
M ca.1: 10 000

AUSFERTIGUNG

WOLTERS-PARTNER

ORTS- U. REGIONALPLANUNG
442 COESFELD DARUPER STR.15 TEL. 02541/2063
STADTPLANER BDA SRL

NR	16
PL GR	135 / 29
BEARB	EFF./KR.
DATUM	15.12.76
M	1:500



DER GEMEINDEDIREKTOR

PLANVERFASSEN:

I. FESTSETZUNGEN

ART DER BAULICHEN NUTZUNG (GEM. § 1 (2) BAU NVO)

WA ALLGEMEINES WOHNGEBIET

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG (GEM. §§ 17-21 BAU NVO)

II ZAHL DER VOLLGESCHOSSE ALS HÖCHSTGRENZE

0.3 GRUNDFLÄCHENZAHL

0.7 GESCHOSSFLÄCHENZAHL

BAUWEISE (GEM. § 9 (1) NR. 1 B BBAUG U. §§ 22 + 23 BAU NVO)

0 OFFENE BAUWEISE

BEGRENZUNGSLINIEN (GEM. BAU NVO)

 STRASSENBEGRENZUNGSLINIE

 BAUGRENZE

 GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEB. PLANES

BAUGESTALTUNG (GEM. § 9 (2) BBAUG IN VERBINDUNG M.D. BAUO NW)

35-45° DACHNEIGUNG

FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN (GEM. § 9 (1) 5 BBAUG)

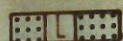


UMSPANNSTELLE

SONSTIGE FESTSETZUNGEN



SICHTDREIECKE SIND VON JEDLICHER SICHTBEHINDERUNG AB 0,70 M ÜBER FAHRBAHNOBERKANTE FREI-ZUHALTEN.



LEITUNGSRECHT ZUGUNSTEN DES VERSORGUNGSTRÄGERS

II. NACHRICHTLICHE DARSTELLUNGEN



VORHANDENE GRUNDSTÜCKSZUFAHRT



VORHANDENES GEBÄUDE



FLURSTÜCKSGRENZE



ERDKABEL

III. HINWEIS

DER BEBAUUNGSPLAN ENTHÄLT DIE FÜR DIE ZULÄSSIGKEIT VON BAUVORHABEN ERFORDERLICHEN MINDESTFESTSETZUNGEN (§ 30 BBAUG), SOWIE DIE BEGRENZUNG DER VERKEHRSFLÄCHEN. WENN UND SOWEIT BAUVORHABEN DEN FESTSETZUNGEN DES BEBAUUNGSPLANES ENTSPRECHEN, GELTEN DIE ANBAUBESTIMMUNGEN DES § 25 ABS. 3, SATZ 1 LSTRG NICHT (§ 25 ABS. 3, SATZ 2 LSTRG).

IV. GENEHMIGUNGSVERFAHREN

Diesem Bebauungsplan lagen die Flurkarten des Katasteramtes zu Grunde.

Es wird bescheinigt, daß die Darstellung des gegenwärtigen Zustandes richtig und die Festlegung der städtebaulichen Planung geometrisch eindeutig ist.

Warendorf, den

Kreis Warendorf
Vermessungs- und Katasteramt

Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde vom Rat der Gemeinde am gemäß § 2 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 beschlossen.

Everswinkel, den

Bürgermeister

Ratsmitglied

Schriftführer

Der Rat der Gemeinde hat am dem Bebauungsplanentwurf zugestimmt und die Offenlegung gemäß § 2 Abs. 6 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 beschlossen.

Everswinkel, den

Bürgermeister

Ratsmitglied

Schriftführer

Dieser Bebauungsplan hat mit der zugehörigen Begründung gem. § 2 Abs. 6 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 einen Monat in der Zeit vom bis einschließlich öffentlich ausgelegen.

Die Auslegung wurde ab ortsüblich bekanntgemacht.

Everswinkel, den

Gemeindedirektor

Der Rat der Gemeinde Everswinkel hat am über die vorgebrachten Anregungen und Bedenken beschlossen.

Everswinkel, den

Bürgermeister

Ratsmitglied

Schriftführer

Dieser Plan ist vom Rat der Gemeinde am gemäß § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 als Satzung beschlossen worden.

Everswinkel, den

Bürgermeister

Ratsmitglied

Schriftführer

Dieser Plan ist gemäß § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 mit Verfügung vom Az.: genehmigt worden.

Münster, den

DER REGIERUNGSPRÄSIDENT

Im Auftrag:

Dieser Bebauungsplan liegt gemäß § 12 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 mit der zugehörigen Begründung laut ortsüblicher Bekanntmachung vom öffentlich aus. Die Genehmigung sowie Ort und Zeit der Auslegung sind ab ortsüblich bekanntgemacht worden. Mit dieser Bekanntmachung ist der Plan rechtsverbindlich geworden.

Everswinkel, den

Gemeindedirektor

V. ERMÄCHTIGUNGSGRUNDLAGEN

§§ 4 u. 28 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. 12. 1974 (GV NW 1975 S. 91), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. 4. 75 (GV NW 1975 S. 304),

§§ 1, 2, 8-12 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 (BGBl. I S. 341),

§ 103 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. 1. 1970 (GV NW S. 96, SGV NW 232) in Verbindung mit § 4 der 1. Durchführungsverordnung zum Bundesbaugesetz vom 29. 11. 1960 (SGV NW 232) in der Fassung der 3. Verordnung zur Änderung der 1. Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 21. 4. 1970 (GV NW S. 299/70 und § 9 (2) des Bundesbaugesetzes.

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. November 1968 (BGBl. I S. 1237).